

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3

4 Die SPD-Bundespartei wird aufgefordert, in ihrem Wahlprogramm für den Bundes-  
5 tagswahlkampf 2013 folgende Aussage aufzunehmen:

6

### 7 **Rechtssicherheit für Anbieter von freiem Internet**

8

9 **Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr**  
10 **Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Hierzu wird sie auf eine Änderung des**  
11 **Telemediengesetzes hinzuwirken, um WLAN-Betreiber einem Access-Provider gleich-**  
12 **zustellen und im Urheberrecht Änderungen vornehmen, die klare Voraussetzungen**  
13 **für das Vorliegen einer Störerhaftung schaffen, wobei nach Möglichkeit insbesonde-**  
14 **re nichtgewerbliche WLAN-Betreiber von einer entsprechenden Haftung freizustellen**  
15 **sind. Ferner wird die SPD Regelungen schaffen, in denen die Anforderungen an die**  
16 **jeweils einzusetzenden Schutzmaßnahmen durch die Betreiber eindeutig definiert**  
17 **werden und sich an alltagstauglichen Kriterien orientieren.“**

18

#### 19 Begründung:

20

21 Auch in Deutschland findet der drahtlose Internetzugang analog zur wachsenden  
22 Zahl von mobilen Geräten wie Laptops oder sogenannten Tablet-Computern und  
23 Mobiltelefonen immer mehr Verbreitung. Neben kommerziellen Anbietern wie Ho-  
24 tels oder Gastronomen betreiben auch Nachbarschaftsinitiativen, Privatpersonen  
25 oder Vereine Funknetz, in die man sich per Passwort oder auch vollständig frei an-  
26 melden kann. Dies verbessert den öffentlichen Internetzugang und kann mittels der  
27 gemeinschaftlichen und damit kostengünstigen Nutzung von Internetzugängen  
28 auch zur Überwindung der digitalen Spaltung beitragen. Auch im Bereich des Tou-  
29 rismus und anderen Branchen kann dies zusätzliche wirtschaftliche Impulse auslö-  
30 sen.

30

31 Die Betreiber dieser Netze sehen sich jedoch dem Risiko der sogenannten Störerhaf-  
32 tung ausgesetzt. Dabei geht es um die Frage, inwiefern die Anschlussinhaber für  
33 Rechtsverletzungen haften, die von Dritten über seinen Anschluss begangen werden.  
34 Bisher sind Gerichte hier zu sehr unterschiedlichen Entscheidungen gekommen,  
35 ebenso schrecken viele potenzielle Anbieter allein schon vor Abmahnungen und dar-  
36 aus resultierenden Kosten zurück. Es ist daher notwendig, in diesem Bereich klare  
37 Regelungen zu etablieren und den Betreiberinnen und Betreibern Rechtssicherheit zu  
38 verschaffen.

**Angenommen und weitergeleitet an den nächsten ordentlichen  
Landesparteitag am 27. April 2013.**